



Delegiertenversammlung der Unia tagte in Bern

## Für einen wirksamen Klimaschutz

Die Delegiertenversammlung der Unia stand heute ganz in Zeichen des Klimastreiks vom 15. Mai 2020. Die Delegierten rufen dazu auf, dass sich die Mitglieder der Unia am Arbeitsplatz und bei den öffentlichen Mobilisierungen des Aktionstages engagieren und unterstützen entsprechende Aktivitäten. Weiter beschlossen die Delegierten die Ja-Parole zum Anti-Diskriminierungsgesetz. Das Gesetz bringt konkrete Verbesserungen für den Schutz vieler LGB-Menschen; Verbesserungen, die auch am Arbeitsplatz bitter nötig sind.

Die Klimakrise stand an der heutigen Delegiertenversammlung der Unia im Zentrum der Debatten. Die globale Klimaerwärmung nimmt zunehmend katastrophale Ausmasse an und sie erfordert sofortiges Handeln. Angesichts der Fakten ist es kaum möglich, die künftig drohenden Folgen der Klimaerwärmung zu überzeichnen. Und dennoch bewegt sich die Politik nur quälend langsam in Richtung einer Trendwende.

Dank der Klimajugend steht der Klimanotstand nun weltweit oben auf der politischen Agenda. Die Unia steht seit ihrer Gründung für den ökosozialen Umbau der Gesellschaft ein. Wir fordern Investitionen in einen ökologisch nachhaltige Produktions- und Bauweise, die Schaffung von Arbeitsplätzen in der „Green Economy“, eine Energiewende mit dem Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität und die Stärkung des Service Public insbesondere im Verkehr und Transportwesen. Und wir fordern, dass die tatsächlichen Profiteure und Verursacher des Klimanotstandes für die Kosten des Umbaus aufkommen. Lenkungsabgaben und Transformationskosten müssen vollumfänglich und sozialverträglich an die breite Bevölkerung zurückerstattet werden. Aus all diesen Überlegungen unterstützt die Unia auch den von der «Klimajugend» ausgerufenen „Klimastreik“ vom 15. Mai 2020.

### Ja zum Schutz vor Hass

In unserer Gesellschaft werden LGBTIQ-Menschen noch immer diskriminiert. Am Arbeitsplatz kann Diskriminierung ganz unterschiedliche Formen annehmen – von obszönen Bemerkungen bis hin zu Zwangsoutings und sexueller Belästigung. Ausserdem besteht die Gefahr, dass LGBTIQ-Personen ihre Stelle aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität verlieren.

Durch die vom Parlament beschlossene Ausdehnung der sogenannten „Antirassismus-Strafnorm“ sollen nun schwule, lesbische und bisexuelle Arbeitnehmende endlich vor Diskriminierung geschützt werden. Denn Arbeitsverträge würden neu unter den Diskriminierungsschutz fallen. Die Delegierten der Unia beschlossen deshalb für die Abstimmung vom kommenden Februar die Ja-Parole zum Anti-Diskriminierungsgesetz. Das Gesetz bringt konkrete Verbesserungen für den Schutz vieler LGB-Menschen; Verbesserungen, die gerade auch am Arbeitsplatz bitter nötig sind.

### Weitere Informationen:

Vania Alleva, Präsidentin Unia  
Serge Gnos, Mediensprecher

Unia Schweiz, Medienmitteilung, 7.12.2019.

Unia Schweiz > Klimawandel. Umweltschutz. Unia Schweiz, 2019-12-07

Kommentiert [BS1]: